

## Haushaltsrede zum Haushaltsplanentwurf 2024

### „Strategie 2045: Umsetzung und Realisierung“

Bürgermeister Bernd Killinger, 11.12.2024

-es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte,

liebe Forsterinnen und Forster,

die Gemeinde Forst blickt auf ein Jahr zurück, in dem wieder sehr viel geschafft worden ist. Eine Zusammenfassung gibt es im Jahresrückblick, der im Januar im Mitteilungsblatt erscheinen wird.

Für den Haushaltsplan 2024 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2027 gilt der Spruch: „Viel vor und viel dahinter.“ In den zurückliegenden Jahren hat der Gemeinderat zusammen mit der Verwaltung wegweisende Projekte beschlossen, die am besten mit der Überschrift „Strategie 2045“ - aus dem Gemeindeentwicklungskonzept - beschrieben werden können. Gemeinderat und Verwaltung haben sich hier fast schon zu viel aufgeladen, weswegen das Abarbeiten bisweilen zu wünschen übrig lässt. Um die Schlagzahl weiter zu erhöhen, benötigt die Verwaltung zusätzliche Personalstellen, weil schon jetzt Projekte, die dem Gemeinderat wichtig sind, nicht mehr zeitnah bearbeitet werden können.

Wo stehen die **TOP-Projekte** der Gemeinde Forst:

**Erweiterung Seniorenzentrum und Zukunftssicherung der Pflege:** Hier hat der Gemeinderat im zurückliegenden Jahr einen Aufstellungsbeschluss für einen Bebauungsplan gefasst. Die Neubauplanung wurde von der Bruderhaus Diakonie im Alex Huber Forum der Öffentlichkeit vorgestellt. Das Projekt befindet sich derzeit im Zeitplan und wird im neuen Jahr dem Gemeinderat zu weiteren Beschlussfassungen vorgelegt.

**Entwicklung Gewerbegrundstück** in der Karl-Wirth-Straße: Der Gemeinderat hat hier ein 15.000 Quadratmeter großes Grundstück verkauft mit dem Ziel den Forster Gewerbestandort weiter zu stärken. Die erzielten Einnahmen sind von der Kämmerei verbucht und haben einen wesentlichen Beitrag zur Liquiditätssicherung im Haushalt geleistet. Zwei Forster Unternehmen werden hier in Kooperation und einem guten Miteinander in 2024 die Fläche entwickeln und die Expansionsstrategie ihrer Häuser absichern.

Ein eigenwirtschaftlicher **Glasfaserausbau** für das gesamte Ortsgebiet im Wert von über 10 Millionen Euro wurde im Rahmen der sogenannten „Nachfragebündelung“ positiv entschieden, nachdem sich über 33 Prozent der Forster Haushalte für einen Vorvertrag mit der Deutschen Glasfaser entschieden haben. In der Klausurtagung im Oktober wurde der Gemeinderat von der Deutschen Glasfaser informiert, dass der flächendeckende Ausbau im zweiten Halbjahr 2024 beginnen soll. Ein Standort für den PoP wurde in der Grünanlage an der Ecke Hambrücker Straße/Wiesenstraße gefunden und soll zeitnah realisiert werden. Danach erwarten wir die Ausbauplanung der Deutschen Glasfaser. Zur Überwachung und Durchführung der Maßnahme schlagen wir dem Gemeinderat die Schaffung von zusätzlichen Personalstellen und die Einrichtung einer Servicetelefonnummer für die Bürgerinnen und Bürger vor, damit das Rathaus die Einwohnerinnen und Einwohner, bei der Bearbeitung von Beschwerden, die nicht ausbleiben werden, unterstützen kann. Hierfür sind 100.000 Euro im Haushalt eingestellt. Weitere 100.000 Euro sind für die Erneuerung der „sanierungsbedürftigsten Gehwege“ eingestellt. Hier wird ein Vorschlag aus dem Gemeinderat aufgegriffen.

Mit der Aufnahme des **Sanierungsprogramms Schwanenstraße** in das Landessanierungsprogramm ist uns in diesem Jahr ein echter „Coup“ gelungen. Die zugesagte Fördersumme beträgt schon jetzt 1,3 Millionen Euro und kann nach erfolgreicher Abarbeitung der Zwischenschritte im Rahmen der Erweiterungsantragstellung weiter aufgestockt werden. Das Gesamtvolumen der Maßnahmen in den nächsten 10 Jahren liegt bei fast 20 Millionen Euro. Wenn alles umgesetzt und realisiert wird, dann verbleiben 40 Prozent der Kosten bei der Gemeinde und müssen aus dem kommunalen Haushalt finanziert werden. Einmal mehr danke ich den Landtagsabgeordneten Ulli Hockenberger, Andrea Schwarz und Daniel Born für die positive Flankierung unserer Antragstellung.

Im Rahmen des Sanierungsgebietes stehen auch Gelder für die **Sanierung der Jahnhalle** durch den Turnverein zur Verfügung. Sanierungsgelder können auch eingesetzt werden, wenn die Gemeinde den Besitz des Turnvereins übernimmt und zu Wohnraum entwickelt. Ich stehe weiterhin dazu, dass der Turnverein entscheidet, wie es mit der Jahnhalle weitergeht. Für den Fall, dass der Standort aufgegeben und auf der grünen Wiese eine neue Sporthalle entwickelt werden soll, ist es Aufgabe der Gemeinde, dies zu unterstützen, auch dann, wenn dies Millioneninvestitionen nach sich zieht, die derzeit im Haushalt nicht berücksichtigt sind und andere wichtige Projekte für den Sporthallenneubau zurückgestellt werden müssten.

Der Gemeinderat hat die Verwaltung des Weiteren mit der Umsetzung eines **Photovoltaik- und Nahwärmekonzeptes** beauftragt. Die Photovoltaikkonzeption wird im nächsten Jahr in die Realisierung gehen. Beim Nahwärmekonzept haben wir in enger Abstimmung mit der Energie- und Umweltagentur des Landkreises Karlsruhe eine Planung bis Leistungsphase 4 beauftragt. Auf Basis des Ergebnisses ist dann zu entscheiden, ob die Gemeinde das Netz selbst realisiert oder ob hier im Rahmen einer Ausschreibung ein Investor gefunden wird. Persönlich bin ich der Meinung, dass aus Sicht des Haushaltes und der Übernahme von unternehmerischen Risiken die Investition in Höhe von rund 2 Millionen Euro nicht durch die Gemeinde, sondern einen Akteur der Privatwirtschaft erfolgen sollte. Nur so bekommen wir auch Sicherheit, dass das Netz tatsächlich wirtschaftlich und ohne dauerhafte Querfinanzierung und Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt betrieben werden kann. Für die Abrechnung der Ingenieurleistungen stehen im Haushalt ausreichend Mittel zur Verfügung. Derzeit sind – aus den genannten Gründen - jedoch ausdrücklich keine Mittel für die Investition in das Nahwärmenetz eingestellt.

Weiter geht zudem die Machbarkeitsstudie **Fernwärmebackbone** der Projektentwicklungsgesellschaft, die Forst zusammen mit mehreren Städten und Gemeinden in der Region gegründet hat. Hier scheint es derzeit wahrscheinlich, dass die Gemeinde weitere Einmalbeträge im niedrigen fünfstelligen Bereich bereitstellen muss, um offene Fragen im Rahmen der Machbarkeit zu klären. Hierfür sind derzeit im Haushalt keine Mittel eingestellt und die Bereitstellung müsste außerplanmäßig erfolgen.

Ein weiteres Großprojekt wird der Gemeinde Forst vom Bund auferlegt. Der vom Bundesgesetzgeber geschaffene **Rechtsanspruch auf Ganztagsgrundschulbetreuung** wird eine zusätzliche Nachfrage nach Ganztagsbetreuungsplätzen auslösen. Diese wird – egal in welchem Umsetzungsmodell – voraussichtlich nur befriedigt werden können, indem die Spielkiste baulich deutlich erweitert wird und auch an anderer Stelle die Raumkapazität ausgeweitet wird. Im nächsten Haushaltsjahr sind ausreichend Mittel zur Deckung von Planungskosten eingestellt. Sobald eine Gebäudeplanung und erste Kostenschätzungen und Kostenberechnungen vorliegen, sind zusätzliche Mittel im Haushalt bereitzustellen. Für diese Pflichtaufgabe kommt die Gemeinde nicht umhin, das erforderliche Personal und die erforderlichen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Für den **Heidensee** steht eine Entscheidung über die Machbarkeitsstudie des beauftragten Ingenieurbüros aus. Die Festlegung zwischen Gemeinderat und Verwaltung ist hier, dass alle

Zukunftsfragen dem neu gewählten Gemeinderat überlassen werden. Der Vorschlag der Verwaltung, die Einwohnerinnen und Einwohner im Rahmen eines Bürgerentscheids im nächsten Jahr einzubinden, hat leider keine Mehrheit gefunden. Die einen sagen, dass es kein Entscheidungsdefizit im Gemeinderat gibt, die anderen verweisen darauf, dass noch nicht ausreichend Informationen für die Entscheidung vorliegen. Ich bin der Meinung, dass sehr wohl alle Informationen für eine Grundsatzentscheidung zur Verfügung stehen und ich möchte auch nicht den Gemeinderat aus der Verantwortung nehmen, sondern nur die Einwohnerschaft bei der Grundsatzfrage „des zukünftigen Konzeptes“ einbinden. Danach liegen alle weiteren Einzelentscheidungen wieder beim Gemeinderat. Ohne die Klärung der wichtigen Zukunftsfrage ist es schwierig, die nächste Badesaison gut vorzubereiten. Dennoch versucht die Verwaltung im Auftrag des Gemeinderats das Beste. In der nichtöffentlichen Sitzung schlagen wir die unbefristete Anstellung von zwei hauptamtlichen Kräften – einem Hausmeister und einem Wasserretter – vor, um dem Personalkonzept, das für das Naturbad erforderlich ist, einen kleinen Schritt näher zu kommen. Auch die Verwaltung möchte eine Öffnungszeit von mindestens 10 Stunden, hatte aber in der letzten Vorlage sogar 12 Stunden vorgeschlagen, weil eine längere Öffnungszeit den „Personaleinkauf“ deutlich vereinfacht. Wenn diese Öffnungszeit nicht realisiert werden kann, so wie es in der Saison 2023 der Fall war, dann liegt das nicht an der Verwaltung, sondern daran, dass die „eingekauften Personalstellen“ nicht zur Verfügung stehen. Eine großzügigere Personalkalkulation schafft Puffer, um die gewünschten Öffnungszeiten zu realisieren. Nähmt man hier auf Kante, dann sorgt jeder Personalausfall dafür, dass die gewünschten Öffnungszeiten gerade nicht verlässlich aufrechterhalten werden können. Auch die nächste Saison ist hier auf Kante genäht. Das gilt auch für die Rutsche. Für die Inbetriebnahme sind nur die dringend erforderlichen Finanzmittel bereitgestellt. Für die grundständige Sanierung von Rutsche und Kleinkindbecken fehlt jeder finanzielle Spielraum. Wenn die Rutsche nicht in Betrieb genommen werden kann, dann liegt auch dies nicht an der Verwaltung, sondern an der Tatsache, dass die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen um technische Defekte an einer Anlage zu beheben, für die es schon lange keine Ersatzteile mehr gibt. Ein nachhaltiges Investitions- und Personalkonzept ist für den Heidesee – auch nach fünf Jahren Diskussion - nicht in Sicht. Meine Haltung ist hier unverändert: Ich setze gerne das Naturbad um, wenn die Verwaltung dafür die erforderlichen Finanzmittel und Personalstellen erhält. Werden diese nicht bereitgestellt, dann zeige ich – aus meiner Verpflichtung als Bürgermeister für die Gemeinde – Alternativen auf. Die Badestelle ist hier eine adäquate Lösung, wie auch die Machbarkeitsstudie bestätigt hat. Dort werden zwei Zukunftskonzepte angeregt, die beide auf der Badestelle fußen.

Sehr erfreulich ist, dass Radio Regenbogen unserer Gemeinde im nächsten Jahr die Durchführung eines Familientages anbietet. Diesen würde die Verwaltung gerne durchführen, nachdem der Gemeinderat vor Corona dieses Angebot schon einmal abgelehnt hat. In der Januarsitzung wird die erforderliche Vorlage dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Im Haushalt 2024 haben wir darüber hinaus eine **Vielzahl von Themen** gemeldet, die darauf abzielen, den laufenden Betrieb sicherzustellen, gesetzliche Auflagen zu erfüllen, Auflagen der Arbeitssicherheit oder des Gesundheitsamtes zu erfüllen oder den Sanierungsstau weiter abzubauen. Dazu gehört der barrierefreie Ausbau der Bushaltestellen, das Lehrschwimmbecken (Sanierung), die Waldseehalle (Sanierung und Brandschutz), das Stadion (Sanierung und Lautsprecheranlage), das Rathaus (Sanierung, Hitzeschutz etc.), der Bauhof (Dachsanierung und Fahrzeuganschaffung), die Kindergärten (Gruppenumwandlung), die Schule (neue Spielgeräte), die Umstellung der Straßenbeleuchtung auf LED uvm. Auch hier zeichnet sich ab, dass es zur Erledigung dieser Aufgaben dringend eine Aufstockung des Personalbestandes braucht.

Die eigentlichen Mittelbedarfe sind weit höher als derzeit im Haushalt abgebildet. Im Rahmen einer verwaltungsinternen Streichrunde haben die Amtsleiter einen höheren sechsstelligen Betrag in die

Zukunft verschoben, um das geplante ordentliche Ergebnis wenigstens auf rd. minus 2,7 Millionen Euro zu reduzieren. Demnach werden in 2024 folgende dringenden Aufgaben in die Zukunft verschoben:

- Die Digitalisierung der Registratur und der Bauakte.
- Die Beschaffung eines LkWs für den Bauhof.
- Austausch der Duschpaneele und von Filtern im Lehrschwimmbecken.
- Erneuerung der Trinkwasserbereitung in der Waldseehalle.
- Der Bebauungsplan für die Kronauer Allee.
- Die Beschaffung eines Notstromaggregats für die Abwasserbeseitigung.
- uvm.

### **Ergebnishaushalt**

Nun sind wir bei den allgemeinen Kennzahlen des Haushalts angekommen. Die gute Nachricht zuvorderst: Die Verwaltung schlägt auch für das Haushaltsjahr 2024 keine **Steuererhöhungen** und keine **Kreditaufnahmen** vor. Auch sonst sind keine wesentlichen Belastungen der Einwohnerinnen und Einwohner geplant. Die Nutzerinnen und Nutzer der Ganztagesbetreuung in den Kindergärten dürfen sogar mit erheblichen Kosteneinsparungen rechnen. Im Zuge eines historischen Beschlusses zur Tarifanpassung werden die Gebühren für die Ganztagsbetreuung um bis zu 25 Prozent reduziert.

Die aktuelle Mittelanmeldung, die im Ergebnishaushalt zu einem Minus von rd. 2,7 Millionen Euro führt belegt, dass der Abarbeitungsbedarf und damit auch der Abarbeitungsdruck erheblich ist und in einer volatilen Zeit auch weiter zunimmt. Im aktuellen Haushalt ist sehr deutlich zu erkennen, dass die Einnahmen der Gemeinde weiter steigen (+8,844 %), aber die Ausgaben – ganz wesentlich Inflation getrieben – noch viel schneller zunehmen (+14,036%). Auf der Einnahmenseite verweise ich ausdrücklich auf das erhebliche Risiko, das mit den dort hinterlegten hohen Gewerbesteuererträgen einhergeht. Nach 2,8 Mio. Euro Einnahmen in 2023 wird hier nun mit einem Ansatz von 3,8 Millionen Euro kalkuliert. Wenn dieser nicht realisiert werden kann, dann ist das eine echte Hypothek für den Haushaltsvollzug. Nun aber zurück zur Einnahmensituation von + 8,8 Prozent, der Ausgabensteigerungen in Höhe von 14% entgegenstehen. Dies führt am Ende zu absurden Konstellationen, wie z. B. bei der Kreisumlage. Auch ohne Veränderung des Kreisumlagehebesatzes (dieser bleibt voraussichtlich konstant bei 27,5%) haben wir im Jahr 2024 voraussichtlich 466.000 Euro mehr an den Landkreis zu überweisen, als im aktuellen Jahr. Gleichzeitig reduziert sich jedoch der Betrag, den wir aus dem Einkommensteueranteil (-247.000 €) vom Land erhalten derart, dass für 2024 gilt: mehr Kreisumlage und weniger Einkommensteuer, ist gleich ein doppeltes Minus für den kommunalen Haushalt. Die Konsequenz ist, dass sich die Handlungsspielräume der Kommunen weiter verschlechtern. Übrigens: Zwischenzeitlich sind in 60 Prozent der baden-württembergischen Kommunen die Haushaltsplanentwürfe defizitär. Während wir uns dennoch um genehmigungsfähige Haushalte bemühen (müssen), finden wir gleichzeitig eine Situation vor, wo der Bund mit dem rechtmäßigen Haushalten größte Probleme hat.

Insgesamt ist festzuhalten: Die großen Ausgabenposten in 2024 sind wieder dieselben, wie in 2023: Kindergärten, Waldseehalle/Stadion, Schule, Heidesee, ÖPNV uvm.

Einmal mehr steigen die Personalkosten für rund 140 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter deutlich an (+200.000 Euro). Hauptgrund ist hier der Tarifabschluss, mit teilweise zweistelligen Lohnanpassungen, die jedoch als Anerkennung und Leistungsanreiz für die Bediensteten sehr wichtig sind. Hier ist es wichtig, dass die Tarifergebnisse auch auf die Beamten übertragen werden.

Aus meiner Sicht ist das Ende hier noch nicht erreicht. Schon heute zeichnet sich ab, dass manche befristete Personalaufstockung dauerhaft benötigt wird und für den Baubereich schlägt die

Verwaltung eine weitere Personalaufstockung – das ist eine Anregung, die wir aus der Klausurtagung aufgegriffen haben – von 100 Prozent Stellenanteil vor, weil wir der aktuellen Aufgabenfülle sonst nicht mehr gerecht werden können. Hierzu verweise ich auf die entsprechende Vorlage, die im Nachgang zur Haushaltseinbringung in der heutigen öffentlichen Sitzung behandelt werden soll.

Besonders freut es mich, dass die Verwaltung dem Gemeinderat in der heutigen nichtöffentlichen Sitzung einen Besetzungsvorschlag für die vakante Bauamtsleiterstelle machen kann und damit die Möglichkeit gegeben ist, dass wir uns schon bald wieder in voller Besetzung um die Zukunftsaufgaben der Gemeinde kümmern können.

## **Finanzhaushalt**

Kommen wir nun zum Finanzhaushalt. Die Maßnahmen, des kommenden Jahres müssen natürlich auch durch die entsprechende Liquidität unterlegt sein. Auch der Finanzhaushalt ist negativ (-1,7 Mio. Euro). In Forst ist die Zahlungsfähigkeit jedoch durch die Rücklagen auf dem Girokonto abgesichert. Dort stehen derzeit rund 9 Millionen Euro zur Verfügung. Dieser Betrag sichert uns gleichzeitig die Genehmigungsfähigkeit des Haushalts ab. Dieses Geld ist essentiell für die Realisierung der eingangs beschriebenen strategischen Schwerpunktthemen. Die Finanzausstattung ist dabei weit weniger üppig, als es mancher darzustellen versucht.

1. Wenn wir den Neubau des Seniorenheims, so wie es an einer Stelle vorgeschlagen wurde, auf eigene Kosten realisieren würden, dann wäre mehr als die Hälfte der Rücklage weg.
2. Wer im Rahmen der Nachfragebündelung der Deutschen Glasfaser den Einwohnern signalisiert: Wenn die Ausbauquote nicht erreicht wird, dann wird das Glasfaser halt auf kommunale Kosten ausgebaut, der verausgabt automatisch weitere Teile der Rücklage.
3. Wenn nun tatsächlich noch eine neue Sporthalle realisiert werden soll, dann hätten wir schon dafür kein Geld mehr und wären nur über die umfassende Kreditaufnahme handlungsfähig, die wohl kaum mehr genehmigt werden dürfte.
4. Wie wir dann noch Ganztagsgrundschule machen und finanzieren wollen, erschließt sich mir derzeit nicht.
5. Und mit welchem Geld wir dann noch das Sanierungsgebiet umsetzen wollten, kann ich nicht erkennen.

Deshalb gilt es weiterhin verantwortungsvoll mit der vorhandenen Girokontorücklagen umzugehen. Mit den Worte des Kämmerers gesprochen: Wir haben derzeit kein Liquiditätsproblem, sondern unser Ressourcenverbrauch ist nach wie vor zu hoch. Die Tatsache, dass die Rücklage auf dem Girokonto weiter ansteigt verweist aber natürlich darauf, dass die Jahresabschlüsse deutlich besser sein dürften, als die Planung es vermuten lässt. Hier wirkt sicherlich die Haushaltsstrukturkommission (z. B. kann die Defizitabdeckung für das Seniorenheim in 2024 auf 100.000 Euro reduziert werden und entfällt ab 2025 vollständig; auch die Grundstücksverkäufe sorgen hier für Liquidität) und das bitte ich als Kompliment an den Gemeinderat und die Verwaltung zu verstehen. Aber noch viel bedeutender ist: Mit dem vorhandenen Personal gelingt es weiter nicht, die im Haushaltsplan vorgesehenen dringenden und wichtigen Aufgaben zu erledigen, weil es einfach zu viele sind und zudem immer neue dazukommen. Die Haushaltsverbesserung geht damit einher mit unerledigten Aufgaben und nicht realisierten Ausgaben. Obwohl im Rathaus die Schlagzahl weiter gestiegen ist,

kommen wir der Erledigung von Zukunftsaufgaben, dem Werterhalt im Bestand und dem Abbau des teilweise seit Jahrzehnten vorhandenen Sanierungsstaus (Heidensee, Gemeindestraßen, kommunale Gebäude uvm.) nicht mehr nach. Die Generationengerechtigkeit ist derzeit somit weder aus finanzieller Sicht, noch aus Sicht der Aufgabenerledigung gegeben. Abhilfe möchte die Verwaltung hier – wie bereits mehrfach dargestellt – durch eine zusätzliche Stelle im Bauamt schaffen. Diese Stelle muss insbesondere dafür sorgen, dass das Sanierungsgebiet diszipliniert umgesetzt wird. Warum? Weil wir für jeden investierten Euro vom Land einen Zuschuss von 60 Cent erhalten. Je mehr Geld wir abrufen, umso mehr werden wir der Zukunftsgestaltung des Ortes gerecht und umso mehr refinanziert sich der Personalstellenanteil durch eine umfassende Förderung des Landes. Unser Ziel muss es sein, alle Fördergelder abzurufen und nichts liegen zu lassen.

Die **größten Investitionen** sind vorgesehen in den Bereichen, Sanierungsgebiet Schwanenstraße, Erweiterung des Klärwerks und diversen Planungsleistungen, uvm.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich am Ende meiner Haushaltseinbringung. Die Verabschiedung des Haushalts ist das Königsrecht des Hauptgremiums. Die Rechtsgrundlage findet sich in der Gemeindeordnung.

In §77 ist geregelt, dass die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen hat, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Dabei ist den Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts grundsätzlich Rechnung zu tragen.

In § 79 ist festgeschrieben, dass die Gemeinde für jedes Haushaltsjahr eine Haushaltssatzung zu erlassen hat. Zur Erreichung dieses Zieles und dass dieser Satzungsbeschluss idealerweise im Februar gefasst werden kann, legen ich Ihnen heute den Haushalt vor.

In §81 ist geregelt, dass die Haushaltssatzung vom Gemeinderat in einer öffentlichen Sitzung zu beraten und zu beschließen ist. Das ist mit dem Königsrecht des Gemeinderats umschrieben.

Der Haushaltsplanentwurf wird dem Gemeinderat und der Forster Öffentlichkeit morgen zugeleitet und auf der Webseite [www.forst-baden.de](http://www.forst-baden.de) → Wirtschaft und Finanzen bereitgestellt.

Aktuell, so haben sich Gemeinderat und Verwaltung bereits vor einigen Jahren verständigt, werden Fragen zum Haushalt in einer nichtöffentlichen Sitzung zwischen Gemeinderat und Verwaltung erörtert – das wird im Januar der Fall sein – bevor der Haushalt dann am 26. Februar 2024 in einer öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen werden wird. Bis zu dieser Beratung, werden auch die Anlagen zum Haushaltsplanentwurf sowie alle weiteren erforderlichen Unterlagen vorgelegt werden.

Mit der Haushaltseinbringung wird dieser gesamte Prozess angestoßen. Möglich geworden ist dies durch die Mittelanmeldung der gesamten Verwaltung zu einem Stichtag im Juli. Ich danke allen, die hier mitgewirkt haben. Die Kämmerei um Michael Veith hat dann einen ersten Haushaltsentwurf erstellt, der in einer internen Kürzungsrunde zum nun vorliegenden Haushaltsplanentwurf entwickelt. Mein besonderer Dank gilt dem Kämmerer und allen, die an diesem Prozess mitgewirkt haben. Der diesjährige Haushaltsplan trägt die Überschrift: „Strategie 2045 – Umsetzung und Realisierung.“ Unter dieser Überschrift kümmere ich mich auch weiterhin um die Schienengütertrasse Mannheim-Karlsruhe, einen möglichen Ostast, eine mögliche Verlängerung der S2 und natürlich den vierspurigen Ausbau der Autobahn.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!